für die Form ihrer Testamente in allen Staaten das bürgerliche Recht (über frühere Privilegien in Hildesheim, Mainz, Fulda, Würzburg und Eichstätt vgl. Kinkhardt, Das Recht der Hildesheimer katholischen Geistlichen, ohne Feierlichkeit lektwillig verfügen zu können, Hildesheim 1838; Archiv f. kath. Kirchenrecht XXXVII [1877], 332 ff.; Braun, in „Hessenland“ 1891, 140; Roth, Bayr. Civilrecht III, 1, 2. Aufl., Übungen 1898, 111 f. 115 f.). Die Geltung des staatlichen Rechtes in diesem Punkte ist auch wiederholt vom heiligen Stuhle anerkannt worden. Gegenüber der so nach und nach entstandenen vollen Testirfreiheit schärften aber eine Reihe neuerer Synoden unter Hinweis auf Trid. Sess. XXV, c. 1 De ref. den Geistlichen die Pflicht ein, daß sie wenigstens die superflua aus dem kirchlichen Einkommen der Kirche oder den Armen vermachen sollen (vgl. das Genauere im Art. Testirfreiheit). — Starb aber ein Geistlicher ohne Testament, so fiel nach kirchlichem Rechte das Patrimonialvermögen den Verwandten, das Uebrige der Kirche zu. War jedoch kein Intestat- oder Notherbe da, so wurde nach Abzug der dem Bischof gebührenden quarta funeraria oder portio canonica (s. d. Art. Abgaben I, 79) der ganze Nachlaß der Kirche, an welcher der Geistliche angestellt gewesen war, zugewendet (c. 1, X 3, 27) oder zwischen der Kirche und den Armen getheilt. Auch die Rate des Amtseinkommens, welche der geistliche Erblasser im letzten Jahre bis zur Zeit seines Todes bereits verdient, aber noch nicht bezogen hatte (Annus deservitus; vgl. d. Art. Intercalargesälle), fiel in der Regel an die Erben. Nicht selten wurde auch das Dienstlohn eines Monats oder eines Vierteljahrs (Sterbemonat, Sterbequartal) oder einer noch längern Zeit vom Tage des erfolgten Todes an der Erbmasse zugerechnet. Den Erben eines Stifts- canonikers wurde sogar bisweilen statutengemäß das Gehalt eines oder mehrerer Jahre, das sog. Gnadenjahr (Annus gratias), bewilligt; dafür hatten aber die Canoniker auch nach ihrem Eintritte in das Capitel zu Gunsten der Kirchenfabrik oder des Capitelvermögens oder des Bischofs oder Papstes eine bestimmte Zeit hindurch Carenz leiden müssen (Annus carentias; s. d. Art.). Heute gilt, wenn der Geistliche keine lektwillige Verfügung getroffen hat, in allen Staaten die gesetzliche Erbfolge, d. h. die Verwandten beerben den Todten. Es ist daher eine Ausnahme, wenn in Oesterreich vom Intestatnachlaß ein Theil an die Kirche, ein anderer an die Armen und der dritte an die gesetzlichen Erben kommt (Conc. Vienn. a. 1858, t. 7, c. 5 [Coll. Lac. V, 217]; Conc. Prag. a. 1860, t. 8, c. 4 [ib. V, 598 sq.]; vgl. R. E. Moy, Ueber die Verlassenschaft der Geistlichen, insbesondere in Oesterreich, im Archiv für kath. Kirchenrecht II [1857], 429 ff.; J. F. Schulte, Ueber das Recht der Geistlichen in Oesterreich, zu testiren u. s. w., ebd. III [1858], 284 ff.;

H. Singer, Historische Studien über die Erbfolge nach katholischen Weltgeistlichen in Oesterreich-Ungarn, Erlangen 1883, 90 ff.). Sind keine gesetzlichen Erben da, so erbt der Regel nach der Staat, und nur ganz ausnahmsweise fallen die Güter statt an den Staat an die Kirche. Die Früchte des erledigten Beneficiums fallen an die Erben während eines Sterbemonats von 30 Tagen in Bayern (Allerh. Entschliesung vom 21. April 1807), während eines Sterbequartals im Großherzogthum Sachsen-Weimar (Gesetz vom 7. October 1823, § 36) und in den rechtsrheinischen Theilen von Köln, Münster und Trier (Verordnung vom 3. Juli 1843). — Ueber die Verlassenschaft der Ordensgeistlichen sind die Artt. Eigenthumsrecht im Orden IV, 291 und Erbrecht, ebd. 752, zum Ganzen die Artt. Erbrecht, Noth- erben und Verfügungen, lektwillige, zu vergleichen; betreffs der Literatur sei auch auf den Art. Testirfreiheit verwiesen. [Sägmüller.]

Verlassung, bössliche (malitiosa desertio), heißt im Eherechte die einseitig und mit Hintansetzung der ehelichen Pflichten erfolgte Entfernung eines Ehegatten vom andern. Sie gilt bei den Protestanten als ein Grund, den bösslich verlassenen Gatten seinerseits von der Verpflichtung zur ehelichen Gemeinschaft zu entbinden und auf sein Begehren die Ehe gänzlich zu lösen, wenn er selbst dazu keine gerechte Ursache gegeben und der andere Theil, trotz der gerichtlich an ihn ergangenen Aufforderung, sich der Rückkehr beharrlich geweigert hat. Die älteren protestantischen Canonisten berufen sich dabei auf 1 Cor. 7, 15; sie wollen hierin einen Beweis finden, daß Christi Ausspruch vom Rechte zur Scheidung im Falle des Ehebruchs nicht buchstäblich zu nehmen, sondern auf alle Fälle, wo das Gesetz der Ehe von einem Theile wesentlich verletzt worden, auszu- dehnen und im Sinne gänzlicher Lösung des Ehebandes zu verstehen sei. Die Neueren stützen sich auf den historischen Zustand, wie er sich (mißbräuchlich) zwischen dem 4. und 8. Jahrhundert, besonders im Orient, gebildet hatte. Das Verfahren, welches bei der Scheidungsfrage wegen bösslicher Verlassung befolgt wird, ist der sogen. Desertionsprozeß. Hiernach wird, wenn der Aufenthalt des entwichenen Ehegatten bekannt ist, diesem die Rückkehr zur ehelichen Gemeinschaft bei Geld- und Gefängnißstrafe aufgegeben, nach deren fruchtloser Erschöpfung, gewöhnlich auf den Antrag des Klägers, nach der Praxis einiger Gerichte aber auch ohne diesen, die Scheidung ausgesprochen wird. Wenn dagegen der Aufenthalt des Entwichenen unbekannt ist, so wird eine öffentliche Ladung zu einem Verhörsstermine unter dem Präjudiz erlassen, daß der Beklagte im Falle des Ausbleibens der bösslichen Verlassung für schuldig erklärt und die Ehe getrennt werden soll. Erscheint derselbe nicht, so erfolgt dann durch Contumacialerkenntniß die Scheidung. Zur Begründung der Klage wird jedoch erfordert, daß